

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 10 · 20. Dezember 2016

Doppelpass

In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über das Thema Integration diskutiert. Hintergrund war der Beschluss des CDU-Bundesparteitags zur doppelten Staatsbürgerschaft.

S. 3

Heilpraktiker

Um die Anforderungen an Heilpraktiker ging es in einer Sachverständigen-Anhörung des Gesundheitsausschusses. Ein Kritikpunkt: Es gibt keine festgeschriebene Berufsausbildung.

S. 9

Bundesversammlung

Am 12. Februar 2017 wählen die Mitglieder der Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. 135 hat der Landtag benannt. Nach Berlin fahren Abgeordnete und Prominente aus NRW.

S. 13

Jahresrückblick

Landtag Intern blickt zurück auf das zu Ende gehende Jahr 2016. Zu den Höhepunkten gehörten die Feierlichkeiten anlässlich des 70. Geburtstags von Land und Landtag Nordrhein-Westfalen.

S. 14-15

Summa summarum Haushalt 2017 verabschiedet

72706190600

Haushalt und Heilverfahren

Ob Globuli, Heildiäten oder Akupunktur: Alternative Heilmethoden sind beliebt, viele Menschen sehen darin eine Ergänzung oder einen Ersatz zur klassischen Schulmedizin. Für Aufsehen sorgte Ende Juli die Nachricht, dass Krebspatienten nach einer alternativen Behandlung im „Biologischen Krebszentrum Bracht“ im Kreis Viersen gestorben seien. Die von Sachverständigen geforderten Ausbildungsstandards für Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker sowie die rechtlichen Arbeitsgrundlagen standen im Mittelpunkt einer Anhörung im Gesundheitsausschuss des Landtags und sind Schwerpunkt dieses Heftes (Seiten 9 bis 11).

Doppelpass und Landesbauordnung

In zweiter und dritter Lesung haben die Abgeordneten an den Plenartagen im November und Dezember über den Landeshaushalt für das kommende Jahr beraten. Nach langer Debatte stimmte der Landtag dem Entwurf der Landesregierung zu. Dieser sieht Ausgaben in Höhe von 72,7 Milliarden Euro vor (Seiten 4 und 5). Weitere Themen der Ple-

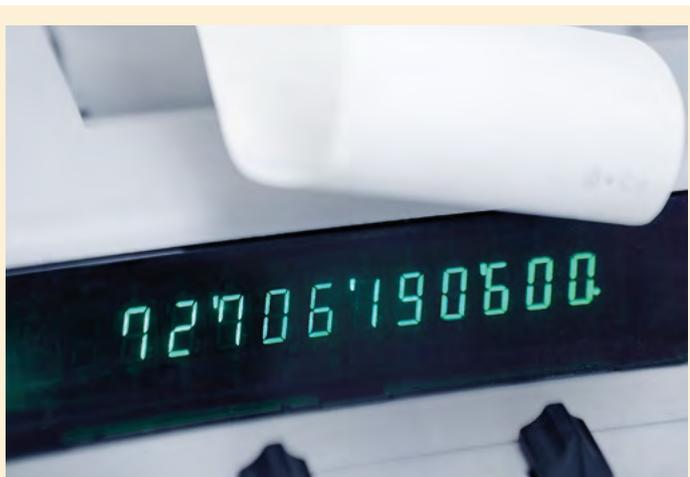
narberatungen waren u. a. die Debatte über den Doppelpass und die Landesbauordnung.

Die alljährliche Haushaltsdebatte ist wie die Adventszeit ein vertrauter Vorbote: Weihnachten und Silvester stehen vor der Tür. Wieder geht ein Jahr zu Ende – dieses Mal ein ganz besonderes: Der Landtag und das Land haben ihren 70. Geburtstag gefeiert. Und auch sonst ist viel passiert: Auf den Seiten 14 und 15 blickt Landtag Intern zurück auf politische Schwerpunkte der vergangenen zwölf Monate.

Das kommende Jahr wird nicht weniger ereignisreich: Am 12. Februar 2017 wählt die Bundesversammlung in Berlin einen neuen Bundespräsidenten. Der Landtag hat nun beschlossen, welche Mitglieder für Nordrhein-Westfalen an der Versammlung teilnehmen werden – darunter die Schauspielerin Mariele Millowitsch und der Autor Hape Kerkeling. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 13.

Mit einem persönlichen Weihnachtsgruß der Landtagspräsidentin auf der Rückseite dieser Ausgabe verabschiedet sich Landtag Intern aus dem Jahr 2016. Die Redaktion wünscht allen besinnliche Festtage und einen guten Start ins neue Jahr!

bra



Titelthema: Summa summarum

Landtag beschließt Haushalt 2017 4-5

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Sonja Wand (sow), Daniela Braun (bra), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 15. Dezember 2016, 15 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Debatte um den Doppelpass	3
Meldungen	6-7
Schlagabtausch zur Wirtschaftspolitik	8

Schwerpunkt

Heilpraktiker: Ausbildung in der Diskussion	9
Standpunkte	10-11

Gesetzgebung	12
---------------------------	----

Forum

Wahl des Bundespräsidenten	13
Rückblick: Das war 2016 im Landtag NRW	14-15

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	-------

Ausschüsse

Meldungen	18
------------------------	----

Forum

Im Porträt: Angela Lück (SPD)	19
Kurz notiert	20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Debatte um den Doppelpass

Aktuelle Stunde zum Thema Staatsbürgerschaft

15. Dezember 2016 – Die von der Bundes-CDU beabsichtigte Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN hatten sie beantragt. Die geplante „Abkehr vom Doppelpass“ sei „Gift für die Integration in NRW“.

Die CDU hatte den entsprechenden Beschluss auf ihrem Bundesparteitag am 7. Dezember 2016 in Essen gefasst. Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN halten ihn jedoch für ein falsches Signal. „In einer modernen Einwanderungsgesellschaft bedeutet Integration auch, Menschen mit Migrationshintergrund mit ihrer gesamten Identität anzuerkennen“, hieß es in dem Antrag ([Drs. 16/13744](#)).

Norbert Römer, Fraktionschef der SPD, sah in dem Beschluss eine „Sabotage der Integrationspolitik in Deutschland und Nordrhein-Westfalen“. Er wandte sich gegen das Argument, wer sich nicht für die deutsche Staatsbürgerschaft als einzige entscheide, dem mangle es an Loyalität: „Gefühle der Loyalität sind keine abgezählten Güter.“ Gemischte Identitäten gehörten zur Realität eines offenen Einwanderungslandes. Da die doppelte Staatsbürgerschaft für EU-Bürgerinnen und -Bürger erhalten bleiben solle, vermutete Römer ein tiefes Misstrauen gegenüber Türkinnen, Türken und Menschen islamischen Glaubens.

„Schmelztiegel“

GRÜNEN-Fraktionsvorsitzender **Mehrdad Mosfofizadeh** beschrieb den Beschluss des CDU-Bundesparteitags als „Gift für Integration in unserem Land und für das Zusammenleben in der Gesellschaft“. Gerade Nordrhein-Westfalen beweise seit langer Zeit, „wie Melting Pot funktioniert“ – der „Schmelztiegel“ verschiedener Nationalitäten habe hier erfolgreiche Tradition, betonte der Fraktionsvorsitzende. „Lassen Sie doch die Menschen entscheiden, ob sie eine Wahl treffen wollen“, appellierte er an die CDU. Dass diese Möglichkeit nur noch für EU-Bürgerinnen und -Bürger gelten solle, bewertete er als ungerecht.

André Kuper (CDU) sprach von der „interessanten Inszenierung“, ein Bundesthema in den Landtag zu verlagern, um von Missständen auf Landesebene abzulenken. Parteitagbeschlüsse fänden sich nur selten eins zu eins im Regierungshandeln wieder. Zudem sei die Optionspflicht vor 16 Jahren von der damaligen rot-grünen Bundesregierung eingeführt worden. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe darauf hingewiesen, dass sich in dieser Wahlperiode nichts ändern werde. Dass die Wiedereinführung der Optionspflicht mit hohem

bürokratischem Aufwand verbunden sei, wie SPD und GRÜNE behaupteten, sei „blanker Unsinn“.

Die CDU habe bei ihrem Bundesparteitag einen falschen Beschluss gefasst, sagte **Dr. Joachim Stamp** (FDP). Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) habe selbst von einer „verkappten Türkeidiskussion“ gesprochen. EU-Bürger und Schweizer, so Stamp, könnten den Doppelpass erhalten, ebenso alle, die von ihren Heimatländern nicht aus der Staatsbürgerschaft entlassen werden: „Dann haben Sie die Situation, dass Ali aus Marokko die deutsche Staatsbürgerschaft bekommt und Ali aus der Türkei bekommt sie nicht.“ Die FDP wolle, „dass türkische Einwanderer nicht anders behandelt werden als Marokkaner, als Schweizer oder als Bulgaren“.

Michele Marsching, Vorsitzender der PIRATEN-Fraktion, hielt die Debatte über den Doppelpass im Landtag für überflüssig und Parteitaktik. SPD und GRÜNE hätten bessere Themen für eine Aktuelle Stunde finden können, so Marsching. Es handle sich um ein „reines Bundesthema“. Auch sei es derzeit „völlig utopisch“, dass es im Bundestag eine Mehrheit dafür geben könne, zur sogenannten Optionspflicht bei der Staatsbürgerschaft zurückzukehren, weil die SPD dies ablehne. Es entscheide nicht der CDU-Bundesparteitag, „was am Ende herauskommt“. Der Fraktionsvorsitzende nannte die Debatte auch „Karnevalstheater“.

NRW-Innenminister **Ralf Jäger** (SPD) forderte von der CDU eine „klare Aussage“, welche Beschlusslage gelte: die Vereinbarung des schwarz-roten Koalitionsvertrags

zur Abkehr von der Optionspflicht von 2012 oder die Entscheidung des CDU-Bundesparteitags. Junge Menschen mit türkischen Wurzeln seien damals erleichtert gewesen, dass sie sich bei der Staatsbürgerschaft nicht mehr entscheiden müssten. Die Forderung, zur Optionspflicht zurückzukehren, sei nicht das Signal an sie: „Ihr gehört zu uns.“ Vielmehr handle es sich um eine „Form der Ausgrenzung“, die wiederum der Nährboden für Radikalisierungen sei. *sow, zab, wib*

Foto: Schälte



Zahlen, Zukunft, Ziele

Letzter Etat vor der Landtagswahl: Haushalt für 2017 verabschiedet

14. Dezember 2016 – Die dritte und entscheidende Lesung eines Haushaltsplans gerät traditionell zur Generaldebatte über die politischen Leitlinien. So war es auch, als die Fraktionen den Entwurf für den Etat 2017 und damit den letzten vor der Landtagswahl abschließend berieten. Es wurde eine kontroverse Debatte über die Bilanz der rot-grünen Landesregierung.

Der Haushaltsplan sieht Ausgaben von rund 72,7 Milliarden Euro vor. Die Nettoneuverschuldung liegt bei 1,6 Milliarden Euro.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, [Armin Laschet](#), sagte, Rot-Grün habe das Land bei den Finanzen, dem Wirtschaftswachstum, der Inneren Sicherheit und der Bildung auf Schlusslichterplätze katapultiert: „Das muss sich ändern!“ Laschet warf der Regierung vor, mit „Finanztricks“ zu arbeiten und an den Empfindungen der Menschen im Land vorbeizureden. Zudem kritisierte er eine „Schuldenpolitik“ der Regierung und sinkende Investitionen. Ein ausgeglichener Haushalt sei trotz niedriger Zinsen und steigender Steuereinnahmen um rund 45 Prozent nicht in Sicht. Laschet forderte, die Landesverwaltung effizienter und sparsamer zu gestalten: „Die Landesverwaltung muss sich konzentrieren auf die Kernaufgaben.“

SPD-Fraktionsvorsitzender [Norbert Römer](#) wies die Kritik zurück. Nach sechs Jahren Rot-Grün befänden sich die „Zukunftsinvestitionen des Landes für Bildung, Forschung, Kommunen und Infrastruktur auf Rekordniveau“. Gleichzeitig sei die Neuverschuldung deutlich gesenkt worden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in NRW sei gestiegen, die Arbeitslosenquote „auf den niedrigsten Stand seit 1993“ gedrückt worden.

„Nordrhein-Westfalen ist heute in einer besseren wirtschaftlichen Verfassung als am Ende der schwarz-gelben Regierungszeit.“ Römer warf seinerseits der Opposition vor, sie könne nicht erklären, was sie anders oder besser machen würde. „Ihre Alternativen sind blass und begrenzt.“

„Keine Impulse“

Der Schuldenstand in NRW sei seit 2010 um 19 Milliarden Euro gewachsen und belaufe sich aktuell auf 143 Milliarden Euro – dies sei die Schlussbilanz der Landesregierung, sagte FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#). Trotz Rekorderlösen und historisch niedrigem Zinsniveau mache Rot-Grün weiter Schulden. Die Kaufkraft liege als Folge einer Wachstumsschwäche unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Landesregierung schrecke Unternehmen durch das Tarifreue- und Vergabegesetz, den Landesentwicklungsplan und das Landeswassergesetz ab – sie habe sich in den „grünen Lianen eines Paragrafendschungels verfangen“. Ein weiterer Kritikpunkt Lindners: Von NRW gingen keine Impulse mehr für die Bundespolitik aus.

„Kluge Köpfe fördern, jedes Kind mitnehmen, Klima schützen und damit Arbeitsplätze schaffen, Infrastruktur modernisieren, Kommunen stabilisieren“ – so beschrieb der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende [Mehrdad Mo-stofizadeh](#) den „Grundakkord rot-grüner Haushaltspolitik“. Die Koalition habe in



Armin Laschet (CDU)

Kitas, Schulen, Hochschulen, Verkehr und in die „Herzenssache“ Kommunen investiert. Der Fraktionsvorsitzende erklärte Mehreinnahmen in Milliardenhöhe mit konsequenter Verfolgung von Steuerhinterziehung. Er verteidigte eine „smarte und ökologische“ Wirtschaftspolitik und eine Schulpolitik, die jedem Kind eine individuelle Lernzeit bis zum Abitur einräume und für ein wohnortnahes Schulangebot in Nordrhein-Westfalen Sorge.

Der fraktionslose Abgeordnete [Dietmar Schulz](#) sagte, der Haushalt 2017 sei geprägt durch Stagnation. Das „Diktum der Schuldenbremse“ führe zu „Schattenhaushalten“, die die junge Generation belasteten. Sie müssten später mit ihren Steuern „die Zeche dafür zahlen“. Zudem fehlten Zukunftsinvestitionen.

Seit Jahren werde zu wenig in wichtige Zukunftsthemen investiert, sagte [Michele Marsching](#), Fraktionschef der PIRATEN. Wesentliche Probleme seien Kinderarmut, Arbeitslosigkeit, „Kita- und Verkehrskollaps“ sowie das „marode Bildungssystem“. Diese Probleme habe Rot-Grün zu verantworten. Die Landesregierung verwalte, statt zu gestalten. Die Schuldenbremse sei eine „Ausgabenbremse“, mit der sich das Land selbst die „Luft zum Atmen“ nehme. Bei niedrigem Zinsniveau grenze es an „Wahnsinn“, keine Schulden aufzunehmen. Sparen bedeute, nicht in die Zukunft zu investieren. Dringenden Investitionsbedarf sah er vor allem bei der IT-Sicherheit in Krankenhäusern, bei Kindergärten und beim Ausbau des Glasfasernetzes. Die Landesregierung respektiere die Schuldenbremse, Sorge für bessere Einnahmen und investiere in die Zukunft, beschrieb Ministerpräsidentin [Hannelore Kraft](#) (SPD) die rot-grüne Haushaltspolitik. Jeder dritte Euro fließe in die Bereiche Kinder, Bildung und Familie. Es gebe Erfolge in Kitas, Schulen und Hochschulen, sagte



Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft (SPD)



Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Michele Marsching (PIRATEN)

Fotos: Schälte

Kraft. Die Arbeitslosigkeit sei in NRW stärker gesunken als im westdeutschen Durchschnitt. „Wir haben die Kommunen von der Intensivstation geholt“, betonte Kraft. Auch die Investitionen in die Innere Sicherheit zahlten sich aus. „Konkret wird Politik im Haushalt“, sprach Kraft die Opposition an. Nach Durchsicht der Haushaltsanträge der Opposition lösten sich deren politische Forderungen in Luft auf. *bra, zab, wib, sow*

Abstimmung

Für den Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung stimmten die Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN. Die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN stimmten dagegen. Den Haushaltsentwurf sowie die Ergänzung, die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, Änderungs- und Entschließungsanträge wie auch das mit-

beratene Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 und weitere mitberatene Initiativen finden Sie unter www.landtag.nrw.de: Klicken Sie oben rechts im Kalender auf den 14. Dezember und dann auf „Aktuelle Tagesordnung“. Wie die einzelnen Fraktionen jeweils abgestimmt haben, können Sie dem Beschlussprotokoll entnehmen.

Die Eckpunkte des Etats

Bereits zu Beginn der zweiten Lesung am 30. November 2016 hatten sich Koalition und Opposition in einer Grundsatzdebatte einen Schlagabtausch über die Finanzpolitik geliefert. Im Anschluss fanden die Beratungen der Einzelpläne statt. Die zweite Lesung dauerte insgesamt rund 13 Stunden an zwei Plenartagen.

Der Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung ([Drs. 16/12500](#), [16/13400](#) und [Drs. 16/13700](#)) sieht Ausgaben in Höhe von 72,7 Milliarden Euro vor (Vorjahr: 69,95 Milliarden). Die Neuverschuldung liegt bei rund 1,6 Milliarden Euro (Vorjahr: 1,8 Milliarden Euro). Für Personalausgaben sind im Jahr 2017 insgesamt 26,5 Milliarden Euro angesetzt (Vorjahr: 25,3 Milliarden). Beraten wurde auch über das Gemeindefinanzierungsgesetz und die Finanzplanung 2016 bis 2020 mit Finanzbericht 2017 ([Drs. 16/12502](#), [16/13400](#)).

Der Landtag berate die „Schlussbilanz von Rot-Grün“, sagte [Dr. Marcus Optendrenk](#) (CDU) in der zweiten Lesung. Sein Fazit: „Das Land steht schlecht da.“ Trotz günstiger Rahmenbedingungen sei es der Landesregierung nicht ge-

lungen, einen soliden Haushalt vorzulegen. Sie lebe „auf Pump“ und kürze bei der Zukunftsvorsorge.

[Stefan Zimkeit](#) (SPD) wies die Vorwürfe zurück. Im Gegenteil, Rot-Grün investiere in die Zukunft und halte Wahlversprechen ein. Als Beispiele nannte er u. a. Investitionen in Kindertagesstätten, Schulen und die Innere Sicherheit. Die CDU-Fraktion hingegen verspreche „allen alles, koste es, was es wolle“.

Noch nie sei der „Umfang an Haushaltskosmetik, Verschiebepahnhöfen und Verschleierungstaktiken“ so groß gewesen, sagte [Ralf Witzel](#) (FDP). Die Landesregierung nutze den Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB), die NRW.Bank und den Pensionsfonds als „Schattenhaushalte“, aus denen sie sich bediene.

[Martin-Sebastian Abel](#) (GRÜNE) warf den Oppositionsfraktionen vor, keinen eigenen finanzpolitischen Plan für das Land zu haben. Zugleich verteidigte Abel die rot-grüne Haushaltspolitik. So unterstütze das Land „massiv die Kommunen“. Jeder dritte Euro des Etats gehe an die Städte und Gemeinden.

Für die PIRATEN sagte [Nicolaus Kern](#), seine Fraktion lehne den rot-grünen Haushaltsentwurf für 2017 wegen „fehlender Zukunftsfähigkeit“ ab. Die Landesregierung mache Politik nach dem Motto „Verwalten statt Gestalten“. So habe sie es versäumt, das Land fit für die Digitalisierung zu machen.

Der fraktionslose Abgeordnete [Dietmar Schulz](#) sagte, der Etatentwurf sei eine Grundlage für das Zeugnis für Rot-Grün: „Versetzung gefährdet.“

Finanzminister [Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD) warf der Opposition Populismus vor. Unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung habe der Rotstift regiert. Dies räche sich nun, beispielsweise indem für wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte Planer fehlten. Rot-Grün habe seit 2010 die Verschuldung „stetig“ reduziert. *wib, zab*



„Reaktor abschalten“

1.12.2016 – Der Landtag fordert die sofortige und endgültige Stilllegung des Atomreaktors in Tihange (Belgien). Dafür solle sich die Landesregierung auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck einsetzen, hieß es in einem gemeinsamen Eilantrag ([Drs. 16/13612](#)) der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP. Die belgische Atomaufsichtsbehörde selbst bemängelte „gravierende technische und organisatorische Defizite beim Betrieb dieser Reaktoren“, hieß es im Eilantrag. Besonders besorgniserregend sei die „anscheinend defizitäre Einsichtsfähigkeit der Betreibergesellschaft“. Unverständlich seien ausbleibende Konsequenzen der Aufsichtsbehörde, „sodass aus Sicht von NRW eine beherzte Initiative der Bundesregierung für unumgänglich gehalten wird, um auf die sofortige Außerbetriebnahme insbesondere des störanfälligen Reaktors Tihange 2 hinzuwirken“. Tihange liegt etwa 60 Kilometer von Aachen entfernt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Body-Cams

1.12.2016 – Die Polizei in Nordrhein-Westfalen wird versuchsweise mit sogenannten Body-Cams (Schulterkameras) ausgerüstet. Der Landtag hat mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN die dafür erforderliche Änderung des NRW-Polizeigesetzes beschlossen. Die Fraktionen von CDU und FDP sowie Teile der PIRATEN-Fraktion stimmten dagegen. Ein weiterer Teil der PIRATEN-Fraktion enthielt sich. Grundlage der Debatte im Plenum waren ein Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/12361](#)) sowie die Beschlussempfehlung des Innenausschusses ([Drs. 16/13556](#)). Für das Modellprojekt werden 200 Body-Cams angeschafft. Es soll getestet werden, ob sie in alltäglichen Einsatzsituationen – auch in privaten Wohnräumen – deeskalierend wirken. Mit der Änderung des Polizeigesetzes ist zudem eine anonymisierte individuelle Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und Beamte der

Bereitschaftspolizei und von Alarmeinheiten verbunden.

Landesentwicklungsplan

14.12.2016 – Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN hat der Landtag dem neuen Landesentwicklungsplan (LEP NRW) zugestimmt. Gegen den Entwurf der rot-grünen Landesregierung (Vorlagen [16/4116](#) und [16/4130](#)) stimmten die Oppositionsfractionen von CDU, FDP und PIRATEN. Der LEP wird von der Landesregierung mit Zustimmung des Landtags als Rechtsverordnung beschlossen. Er löst u. a. den seit 1995 gültigen LEP ab und legt „die mittel- und langfristigen strategischen Ziele zur räumlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen“ fest, also beispielsweise die Bereitstellung von Flächen für Gewerbe, Industrie und Handel sowie die Verkehrsinfrastruktur. Der neue LEP berücksichtigt nach Angaben der Landesregierung veränderte Rahmenbedingungen, darunter den demografischen Wandel und den erwarteten Klimawandel. Ein Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel „Mehr Raum für Wachstum – Landesentwicklungsplan muss Weichen für mehr Wohlstand und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen stellen“ ([Drs. 16/13687](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt. Darin kritisiert die Fraktion u. a., dass der neue LEP beispielsweise Erweiterungen und Neuansiedlungen von Betrieben erschwere.

Flüchtlingsaufnahme

14.12.2016 – In zweiter Lesung hat der Landtag das „Zehnte Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes“ (FlüAG) beschlossen. Für den Entwurf der rot-grünen Landesregierung ([Drs. 16/13261](#)) stimmten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Die Fraktionen von CDU und PIRATEN votierten dagegen, die FDP enthielt sich. Mit dem Gesetz wird die Kostenerstattung für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen durch die Städte und Gemeinden neu geregelt. Bislang

erhielten sie eine pauschale Kostenerstattung (FlüAG-Pauschale), deren Gesamthöhe nach einem festen Verfahren einmal im Kalenderjahr ermittelt wurde. Der Betrag wurde quartalsweise nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel an die Kommunen ausgezahlt. Ab 2017 wird es eine monatliche Auszahlung der FlüAG-Pauschale pro zugewiesenem und anwesendem Flüchtling geben. Die Auszahlung ist laut Gesetz damit gekoppelt an die Zuweisungspraxis in die Gemeinden.

Landesbauordnung

14.12.2016 – Der Landtag hat in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN die „Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen“ beschlossen. CDU, FDP und PIRATEN stimmten dagegen. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 16/12119](#), [16/13706](#) und [Drs. 16/13778](#)). Ziel sei es u. a., die Barrierefreiheit in Gebäuden zu verbessern, baurechtliche Hürden zu beseitigen, den Verbraucherschutz zu stärken und den Kommunen mehr Entscheidungsfreiheiten einzuräumen. Sie benötigten „mehr Spielraum, um bedarfsgerecht Kfz-Stellplätze und Abstellplätze für Fahrräder vorzusehen“, hieß es in dem Entwurf. Außerdem solle das Bauen mit Holz erleichtert werden.

Stärkung der Kreistage

14.12.2016 – Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und FDP hat der Landtag das „Gesetz zur Stärkung des Kreistags“ ([Drs. 16/12362](#) und [16/13707](#)) beschlossen. Die Fraktionen von CDU und PIRATEN lehnten den Gesetzentwurf ab. Die Einflussmöglichkeiten der Kreistagsmitglieder auf die Geschäfte der Kreisverwaltung sowie auf deren Organisation und Führungspersonal blieben hinter den Möglichkeiten von Ratsmitgliedern zurück, hieß es in der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Ziel des Gesetzes sei es, die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten der Kreistage denen der Gemeinderäte anzugleichen. Das



Gesetz sieht u. a. die Einführung einer (eingeschränkten) Allzuständigkeit des Kreistags vor, außerdem die Abschaffung des Kreisausschusses, die verpflichtende Bildung eines Hauptausschusses und die Option zur Wahl von Beigeordneten.

Erschwerniszulagen

14.12.2016 – Spezialeinsatzkräfte der Polizei, Pilotinnen und Piloten, Taucherinnen und Taucher, Sprengstoffschärferinnen und -entschärfer, verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler sowie an Antennen und Antennenmasten Tätige sollen künftig höhere Erschwerniszulagen erhalten. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor („Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften“, [Drs. 16/13702](#)). Die Zulagen seien wegen gestiegener Anforderungen anzupassen, hieß es im Entwurf. Die Besoldung der Leiterinnen und Leiter von Grund- und Hauptschulen soll aufgrund eines geänderten Berufsbilds ebenfalls geändert werden. Da es sich um „Führungskräfte mit Personalverantwortung und mit Gestaltungsauftrag für eine qualitätssichernde Schulentwicklung“ handle, sei die Besoldung entsprechender Stellen an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen.

Einwanderungsgesetz

15.12.2016 – Die Abgeordneten des Landtag haben auf Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/13691](#)) über die Notwendigkeit eines Einwanderungsgesetzes für Deutschland debattiert. Die Regierungsfaktionen fordern die Landesregierung in ihrem Antrag auf, sich bei der Bundesregierung für ein solches Gesetz einzusetzen. Deutschland brauche vor dem Hintergrund des demografischen Wandels „neben dem menschenrechtlich orientierten Asylsystem eine gesteuerte Arbeitsmigration aus dem Nicht-EU-Ausland, die sich an den hiesigen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen“ orientiere. Die Opposition

lehnte den Antrag inhaltlich ab. Die vorgesehene direkte Abstimmung sei wenig einladend, auch habe es im Vorfeld keine Gespräche gegeben, hieß es von FDP und CDU. Der Entwurf sei „mit der heißen Nadel gestrickt“, fanden die PIRATEN. Der Antrag wurde nicht wie geplant direkt abgestimmt, sondern einstimmig zur weiteren Beratung an den Integrationsausschuss überwiesen. Mitberatern sollen der Innen- und der Wirtschaftsausschuss.

Schutz vor „Malta-Masche“

15.12.2016 – Der Landtag hat sich mit der sogenannten Reichsbürgerbewegung befasst. Anlass war ein Antrag der CDU-Fraktion: „Schikaniierung von Bürgern, Kommunalverwaltungen, Gerichten und Amtsträgern durch ‚Reichsbürger‘ umgehend unterbinden – sogenannter ‚Malta-Masche‘ Einhalt gebieten!“ ([Drs. 16/13686](#)). Hintergrund: „Reichsbürger“ streiten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie schikanierten zunehmend Gerichte und Kommunalverwaltungen, hieß es im Antrag. Die CDU-Fraktion führte als Beispiel die „Malta-Masche“ an: Demnach erfinden „Reichsbürger“ Geldforderungen, tragen die Summe ins US-Handelsregister ein und treten die angebliche Forderung an ein von „Reichsbürgern“ auf Malta gegründetes Inkasso-Unternehmen ab. Dieses erhalte dann von einem maltesischen Gericht die Genehmigung, die fiktiven Schulden in Deutschland einzutreiben. Die Masche sei bislang zwar offenbar nicht erfolgreich gewesen, für die Betroffenen „gleichwohl mit großem Ärger verbunden“. Sie müssten „persönlich auf Malta erscheinen, um die Ansprüche zu bestreiten“. Die Landesregierung solle sich beim Bundesjustizministerium und beim Auswärtigen Amt „umgehend und mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sowohl Amtsträger als auch unbescholtene Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nicht länger von ‚Reichsbürgern‘ mit der sogenannten ‚Malta-Masche‘ schikaniert werden können“. Der CDU-Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Angenommen wurde ein Entschließungsantrag von SPD und

GRÜNEN ([Drs. 16/13790](#)). Darin heißt es u. a., dass der Bund das Problem schon gelöst habe.

Kulturförderplan

15.12.2016 – Der Landtag hat dem ersten Kulturförderplan für NRW zugestimmt. Es handelt sich um einen Entwurf der Landesregierung ([Vorlage 16/4107](#)). Für den Entwurf stimmten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Die Fraktionen von CDU und PIRATEN stimmten dagegen, die FDP-Fraktion enthielt sich. Der Kulturförderplan setzt nach Angaben der Landesregierung bis 2018 drei Planschwerpunkte: „Individuelle Künstlerinnen- und Künstlerförderung“, „Kulturelle Bildung“ sowie „Digitalisierung und Kultur“.

Urheberrecht an Hochschulen

15.12.2016 – Kehren die Kopierer an die Hochschulen zurück? Mit der bisherigen Praxis, dass Dozentinnen und Dozenten den Studierenden wissenschaftliche Texte im Intranet zur Verfügung stellen, könnte jedenfalls Schluss sein. Denn die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) und die Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) haben einen neuen Rahmenvertrag für die Nutzung von urheberrechtlich geschützten Lernmaterialien abgeschlossen. Danach muss künftig jeder Text einzeln mit der VG Wort abgerechnet werden, nicht wie bisher pauschal. Das führe zu bürokratischem Aufwand und erheblichen Kosten, so schildern es die Fraktionen von PIRATEN und FDP in ihren Anträgen ([Drs. 16/13680](#) und [16/13695](#)). Die Landesrektorenkonferenz der NRW-Universitäten habe den Rahmenvertrag abgelehnt, schreibt die FDP-Fraktion. Sie befürchtet einen Rückschritt ins „vordigitale Zeitalter“ und eine „deutliche Beeinträchtigung der Lehre“. Die Fraktionen von FDP und PIRATEN fordern u. a. Verhandlungen von KMK und VG Wort. Die Anträge wurden mit Mehrheit abgelehnt. Angenommen wurde ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/13789](#)). Darin fordern die Fraktionen u. a. neue Verhandlungen.

Schlagabtausch zur Wirtschaftspolitik

Kontroverse Debatte zur Situation an Rhein und Ruhr

2. Dezember 2016 – Die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Landesregierung hat im Plenum für kontroverse Diskussionen gesorgt. Das Thema stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Sie war von den Fraktionen von FDP und CDU beantragt worden. Die Opposition warf der Landesregierung mangelnde Dynamik und Ideenlosigkeit vor. Der Wirtschaftsminister wies die Kritik zurück: Man sei „in der Spur“.

Der Aktuellen Stunde lagen zwei Anträge zugrunde: „Schlechte Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen droht, langfristig Zukunftschancen und Wohlstandsperspektiven zu verspielen“ (Fraktion der FDP/[Drs. 16/13613](#)) sowie „Neues Gutachten blickt mit Sorge auf die Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss nun handeln anstatt die Situation schönzureden!“ (Fraktion der CDU/[Drs. 16/13614](#)). Hintergrund war eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln.

Ralph Bombis (FDP) sagte, die neue Studie reihe sich ein in andere, die dem Land „mangelnde Dynamik und fehlende Wirtschaftsperspektiven“ attestierten. „Es gehen zu viele Chancen an diesem Land vorbei“, betonte er. NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) verschleiße aber weiter die Augen vor dieser Entwicklung und zeichne ein „Zerrbild“ von der Wirtschaftssituation an Rhein und Ruhr. Bombis forderte u. a. eine „verlässliche Perspektive“ für das rheinische Braunkohlerevier sowie die Abschaffung des Tarifreue- und Vergabegesetzes und der sogenannten Hygiene-Ampel. Er appellierte: „Kehren Sie endlich um.“

Für die CDU-Fraktion sagte **Hendrik Wüst**, die Wachstumsschwäche des Landes erreiche die Menschen. So gehörten fünf Städte des Ruhrgebiets der deutschen „Top 10“ der Städte mit den schlechtesten Lebensbedingungen an. Dem Wirtschaftsminister warf er vor, „Augenwischerei“ zu betreiben, und forderte ihn auf, er müsse

„endlich das Steuer herumreißen“. So benötige das Land eine „funktionierende Infrastruktur“. Wegen fehlender Planungen habe Rot-Grün aber Fördermittel nicht abrufen können. „Sie wollten nicht planen.“ In der Wirtschaftspolitik sei die Landesregierung „ideenlos“.

„Fachkräftemangel“

Frank Sundermann (SPD) sagte, vor allem der Fachkräftemangel sei ein Wachstumshemmnis für Unternehmen. Die Landesregierung wirke dem entgegen: Es gebe heute fast 100.000 Studierende mehr als 2010 in den MINT-Studienfächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Und das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ Sorge dafür, dass es keine Brüche zwischen Schule und Beruf gebe. „Wir setzen da an, wo die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft sich entscheidet: bei den Mitarbeitern.“ Mit dem Programm „Digitale Wirtschaft“ solle NRW einen Spitzenplatz bei der Digitalisierung einnehmen.

Dr. Joachim Paul von der PIRATEN-Fraktion kritisierte eine wachsende Ungleichheit in NRW. Es gebe Regionen mit 12 Prozent Arbeitslosigkeit. „Das ist kein Schlechtreden, das ist eine Zustandsbeschreibung“, sagte Paul. Manche Regionen hätten „fast Vollbeschäftigung, bei anderen bricht das wirtschaftliche Fundament immer weiter weg. Und die Landesregierung unternimmt einfach nichts dagegen“;

kritisierte Paul. Er forderte u. a., im Tarifreue- und Vergabegesetz einen Mindestlohn von 12 Euro vorzuschreiben, die Digitalisierung stärker voranzutreiben und die Bedingungen für Start-ups zu verbessern.

CDU und FDP redeten das Land schlecht, sagte **Matthi Bolte** (GRÜNE). Ihre Schilderungen stimmten mit der Realität nicht überein. So seien laut CDU die Straßen für Unternehmen das größte Problem. Bei den zahlreichen Betriebsbesuchen der GRÜNEN sei das Thema jedoch nie angesprochen worden. Die CDU wolle zurück zu einer Industriepolitik der 1950er- und 1960er-Jahre. Bolte nannte dies „Politik von gestern mit Ideen von vorgestern“. Beim Thema Digitalisierung habe keine Regierung jemals so viel in den Breitbandausbau investiert wie Rot-Grün.

Das Institut der deutschen Wirtschaft schlage in seinem Gutachten „schwarz-gelbe Politik aus dem letzten Jahrhundert“ vor, sagte Wirtschaftsminister **Garrelt Duin** (SPD). So greife zum Beispiel die Fokussierung auf den Verkehrsträger Straße zu kurz. Die Landesregierung habe daher auch Wasserstraßen, Flughäfen und die Schiene im Blick. Den geforderten Breitbandausbau habe die Landesregierung längst auf den Weg gebracht. NRW sei das Bundesland mit den meisten Existenzgründungen und Start-ups. Sein Fazit: „Wir sind in der Spur.“ Es gebe deshalb keinerlei Anlass, den Kurs zu ändern.

zab, sam, wib



Foto: Schälte

Diskussion um Heilpraktiker

Sachverständige äußern sich im Gesundheitsausschuss zu Ausbildung und Anforderungen

23. November 2016 – Die FDP-Fraktion will die Anforderungen an Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker erhöhen. Das Gesetz, das deren Tätigkeit bislang regle, stamme aus dem Jahr 1939. Die Inhalte seien jedoch bis heute im Wesentlichen unverändert geblieben. In einer Anhörung des Gesundheitsausschusses haben sich Sachverständige zum Thema geäußert.

Es gebe keine festgeschriebene Ausbildung für Heilpraktiker, kritisiert die FDP-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 16/12846). Um den Beruf ausüben zu dürfen, sei eine Erlaubnis der örtlich zuständigen Kreise und kreisfreien Städte erforderlich. Sie werde nach bestandener Kenntnisüberprüfung erteilt. Dabei gehe es nur um die Feststellung, dass von den Kandidatinnen und Kandidaten keine Gefährdung ausgehe.

Eine „geregelt Qualitätskontrolle“ sei ebenso wenig vorgesehen wie die Pflicht zur Weiterbildung. Trotzdem dürften zugelassene Heilpraktiker Injektionen setzen. Ohne abgeschlossenes Medizinstudium behandelten sie zudem „Knochenbrüche, Blinddarmentzündungen, Krebs und viele andere schwerwiegende Erkrankungen“. Die Fraktion führt Todesfälle in Brüggens-Bracht (Kreis Viersen) an, „die mit einer alternativen biologischen Krebsbehandlung durch einen Heilpraktiker in Verbindung stehen“. Die Landesregierung möge sich auf Bundesebene u. a. für eine Neuregelung des Heilpraktikergesetzes einsetzen, „die für eine Erlaubnis den Abschluss eines Studiums oder einer Ausbildung in einem Heilberuf oder in einem anderen Gesundheitsfachberuf voraussetzt“. Ein eigenständiger Studiengang oder eine eigenständige Ausbildung seien abzulehnen.

„Reformbedürftigkeit“

„Die Reformbedürftigkeit des Heilpraktikerrechts in Deutschland dürfte unumstritten sein“, hieß es in einer Stellungnahme der Ärztekammer Nordrhein für den Ausschuss. Die tragischen Ereignisse in Bracht hätten deutlich gemacht: „Es gibt eine Gruppe von Heilpraktikern, die ihre Erlaubnis nutzen, um schwerstkranken Patientinnen und Patienten nicht nur finanziell zu schädigen, sondern auch unvermeidbaren gesundheitlichen Risiken auszusetzen.“ Invasive Eingriffe müssten von der Heilpraktikererlaubnis ausgenommen sein. Dies enge das Betätigungsfeld der meisten nicht ein, verhindere aber „besonders patientengefährdende Maßnahmen“.

Schaden könne nicht nur aus aktivem Handeln, sondern auch aus dem Unterlassen einer medizinisch gebotenen Maßnahme resultieren, schrieb die Ärztekammer Westfalen-Lippe und berichtete in ihrer Stellungnahme von einem

Heilpraktiker, der geglaubt habe, bei einer Patientin eine Krebserkrankung durch „Pendeln“ ausschließen zu können. Die Frau sei später an unbehandeltem Brustkrebs gestorben. Dies sei kein Einzelfall. Der Patientenschutz müsse höher gewichtet werden.

Die „European Federation for Naturopathy (EFN)“, ein europaweiter Zusammenschluss naturheilkundlicher Therapeutinnen und Therapeuten, befürwortete eine bundeseinheitliche Ausbildungsregelung. Dass Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker Blinddarmentzündungen oder Knochenbrüche behandelt hätten, sei jedoch nicht richtig. Heilpraktiker seien sich ihrer Sorgfaltspflicht bewusst und wüssten, dass solche Fälle „in die Obhut schulmedizinischer Behandlung gehören“. Weiterbildung sei selbstverständlich. Der FDP-Fraktion gehe es offenbar darum, den Heilpraktikerberuf abzuschaffen.

Der Beruf stelle in seiner rechtlichen Ausgestaltung einen „Anachronismus im deutschen Berufsrecht der Heilberufe dar“, befand Prof. Dr. Winfried Kluth, Jurist an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er hatte dem Ausschuss eine schriftliche Stellungnahme zukommen lassen. Die Ausübung der Heilkunde werde ohne Einschränkung gestattet, „obwohl im Gesetz keine konkreten Anforderungen an die nachzuweisende Ausbildung und Qualifikation normiert sind“. Andererseits leiste der Berufsstand „in sehr vielen Bereichen und den allermeisten Fällen einen wertvollen Beitrag zur Gesundheitsversorgung“. Kluth empfahl, sich auf Bundesebene für eine „angemessene berufsrechtliche Gesetzgebung zu engagieren“.

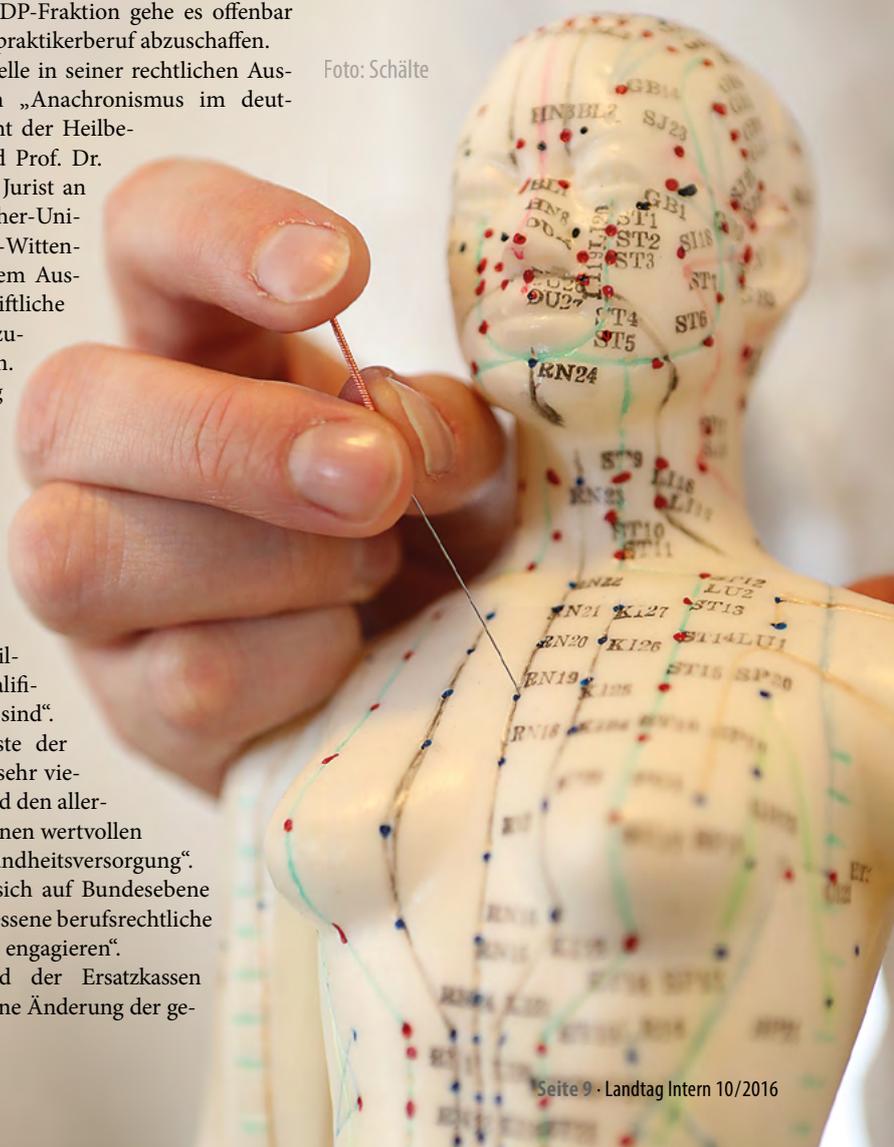
Der Verband der Ersatzkassen sprach sich für eine Änderung der ge-

setzlichen Rahmenbedingungen aus. Der erste Schritt dazu müsse aber vom Bund ausgehen. Auf Landesebene könnten dann die Themen „Weiterbildung“ und „Kontrolle“ geregelt werden.

„Heilpraktiker üben eine heilkundliche Tätigkeit aus, die in keinerlei Hinsicht den Erkenntnissen der Medizin seit Mitte des 19. Jahrhunderts genügt“, schrieb die Autorin, Journalistin und ausgebildete Heilpraktikerin Anousch Mueller in ihrer Stellungnahme. Heilpraktiker setzten „verquere Vorstellungen von körperlichen Prozessen in die Welt“ und versicherten Patienten. Ihre Befugnisse sollten „stark eingeschränkt“ werden. zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schälte



Standpunkte

Meinungen zum Titelthema „Heilpraktiker“



Michael Scheffler
(SPD)



Peter Preuß
(CDU)

Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker sind für die Gesundheitsversorgung ...

... als Ergänzung zur Schulmedizin zu bewerten. Bei einer ordnungsgemäßen Ausübung des Heilpraktikerberufs kann durchaus ein Nutzen für das Patientenwohl zu erwarten sein.

... unter bestimmten Voraussetzungen eine sinnvolle Ergänzung, weil sie das Bedürfnis nach naturheilkundlichen oder alternativen Behandlungsformen befriedigen und auf die persönlichen Sorgen und Nöte der Menschen verstärkt eingehen können. Hohe Qualitätsansprüche und Qualitätssicherung erfordern Nachweise beruflicher Qualifikation, die Heilpraktiker bisher aber nicht erbringen müssen.

Ihre Ausbildung ...

... ist nicht einheitlich geregelt. Im Gegensatz zu anderen Gesundheitsfachberufen gibt es keine Ausbildungs- und Prüfungsordnung. Es sind weder die Ausbildungsinhalte noch Dauer oder Zugangsvoraussetzungen staatlich geregelt. Außerdem gibt es keine umfassende Abschlussprüfung. Die Erlaubnis wird nach einer knappen Überprüfung der medizinischen Grundkenntnisse, im Sinn der Gefahrenabwehr, vergeben.

... kennt keine gesetzlichen Mindest- oder fachlichen Qualifikationsanforderungen. Die Erlaubnis zur Heilkunde ergibt sich aus einer Gefahrenabwehrprüfung. Das muss für Tätigkeiten im medizinischen Bereich verbessert werden. Ein hohes Maß an Fachlichkeit muss sichergestellt sein. Hierzu berät das Bundesministerium für Gesundheit derzeit neue Leitlinien zur Überprüfung von Heilpraktikeranwärtern.

Patientinnen und Patienten sollten ...

... sich bewusst sein, dass der Besuch eines Heilpraktikers nicht die Untersuchung, Diagnose und Therapie durch einen Arzt ersetzt.

... sich darüber im Klaren sein, dass sie ihre Gesundheit Personen anvertrauen, deren Aus- und Weiterbildung sowie Qualifikationen in keiner Weise positiv festgestellt worden sind. Sie erfolgen ausschließlich auf freiwilliger Basis. Dieser fehlende Qualifikationsnachweis sollte den Menschen, die die Unterstützung eines Heilpraktikers für ihre gesundheitlichen Probleme suchen, bewusst sein.

Eine Änderung des Heilpraktikergesetzes ...

... ist notwendig, um das Heilpraktikerwesen den Anforderungen unseres modernen Gesundheitswesens anzupassen. Eine umfassende Reform der Ausbildungs- und Prüfungsstandards ist zum Wohle der Patienten erforderlich. Außerdem sind auch die Möglichkeiten von gesetzgeberischen Vorgaben zur Berufsausübung in die Überlegungen zu einer Aktualisierung des Heilpraktikerrechts miteinzubeziehen.

... ist dringend erforderlich. Die Erlaubnis der unteren Gesundheitsbehörde nach Durchführung einer „Gefahrenabwehrprüfung“ erlaubt Tätigkeiten wie Blutabnahmen, Injektionen, Infusionen und sogar chirurgische Eingriffe, ohne den Nachweis einer Aus- oder Fortbildung. Es muss gesetzlich klargestellt werden, dass derartige Eingriffe Ärzten vorbehalten bleiben.



Arif Ünal
(GRÜNE)



Susanne Schneider
(FDP)



Daniel Döngel
(PIRATEN)

... grundsätzlich eine Bereicherung. Komplementärmedizinische Behandlungsmethoden können eine sinnvolle Ergänzung zur Schulmedizin sein, wenn qualitative Standards eingehalten werden. Wir sollten auf das Wissen, die Kompetenzen und Techniken anderer Gesundheitssysteme und -kulturen nicht verzichten. Auch das SGB V erkennt Behandlungsmethoden, Arznei- und Heilmittel der besonderen Therapierichtungen an.

... nicht unerlässlich. Seriös arbeitende Heilpraktiker, die auch ihre Grenzen kennen, können zwar für manche Menschen eine Ergänzung darstellen. Im Vordergrund muss aber immer die Sicherheit von Patientinnen und Patienten stehen. Wir wollen nicht, dass Heilpraktiker ohne fundierte medizinische Kenntnisse und ohne nachgewiesene praktische Fähigkeiten Krankheiten behandeln dürfen.

... allenfalls eine Ergänzung zwischen Arzt und Apotheker.

... muss bundeseinheitlich geregelt werden, da für die gesetzliche Grundlage der Bund zuständig ist. Das Heilpraktikergesetz enthält jedoch bislang keine Vorgaben, welches Grundwissen und welche Grundkompetenzen Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker haben müssen. Deshalb setzen wir uns für eine entsprechende Änderung des Bundesgesetzes ein.

... genügt derzeit nicht den Anforderungen zur Ausübung der Heilkunde. Ein Arzt benötigt ein sechsjähriges Medizinstudium sowie eine Facharztweiterbildung, bevor er sich niederlassen darf, für Heilpraktiker gibt es hingegen keine geregelte Ausbildung, sondern nur Mindestvoraussetzungen wie einen Hauptschulabschluss und eine nur auf die Gefahrenabwehr zielende Prüfung medizinischer Grundkenntnisse.

... muss besser geregelt werden und sich an schulmedizinischen Ausbildungen orientieren.

... sich bei ernsten Erkrankungen immer auch schulmedizinisch untersuchen und behandeln lassen, nicht ausschließlich von Heilpraktikerin oder Heilpraktiker. Dies kann zum Beispiel auch bei homöopathisch und naturheilkundlich orientierten Ärztinnen und Ärzten erfolgen. Die behandelnde Ärztin bzw. der behandelnde Arzt sollte in jedem Fall darüber informiert werden, wenn auch naturheilkundlich behandelt wird.

... vor unsachgemäßen Behandlungen geschützt werden. Sie sollten auch im Vertrauen in eine vermeintlich alternative Medizin nicht auf eine angezeigte ärztliche Therapie verzichten. Heilpraktiker agieren hingegen auch außerhalb fachlich anerkannter medizinischer Standards und bieten teilweise Behandlungen aus dem Bereich der Esoterik wie Bioresonanztherapie oder Magnetfeldtherapie.

... sich umfassend informieren und in jedem Fall schulmedizinischen Rat holen, bevor sie Heilpraktiker aufsuchen.

... ist notwendig, um eine hohe Qualität bei Naturheilverfahren und in der Komplementärmedizin sicherzustellen. Wie bei den Pflege- und Gesundheitsfachberufen muss der Bund die Ausbildung gesetzlich einheitlich regeln. Dazu gehört die verbindliche Festlegung einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung mit Ausbildungsdauer, -inhalten und -zielen, von Zugangsvoraussetzungen und einer staatlichen Abschlussprüfung.

... als ein vor 77 Jahren in Kraft getretenes Gesetz ist dringend erforderlich. Dabei geht es aber nicht darum, Heilpraktiker durch eine staatlich regulierte Ausbildung oder gar einen eigenständigen Studiengang aufzuwerten. Vielmehr sollten ihre Befugnisse eingeschränkt und z. B. invasive Eingriffe untersagt werden.

... ist dringend erforderlich, damit Scharlatane nicht mit der Gesundheit der Menschen spielen können.

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Haushaltsgesetz 2017 | [Drs. 16/12500](#), [16/13400](#), [16/12501](#) und [16/13700](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 14. Dezember 2016 | angenommen

Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 | [Drs. 16/12502](#), [16/13400](#), [16/13517](#) und [16/13701](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 14. Dezember 2016 | angenommen

Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020) | [Drs. 16/13496](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 14. Dezember 2016 | angenommen

Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Personennahverkehr in NRW | [Drs. 16/12435](#) und [16/13704](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 14. Dezember 2016 | angenommen

Zehntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes | [Drs. 16/13261](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 14. Dezember 2016 | angenommen

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung) | [Drs. 16/12119](#) und [16/13706](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 14. Dezember 2016 | angenommen

Gesetz zur Stärkung des Kreistags | [Drs. 16/12362](#) und [16/13707](#) | SPD und GRÜNE | 2. Lesung am 14. Dezember 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kurorte im Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/13536](#) | SPD und GRÜNE | 1. Lesung am 30. November 2016 | 2. Lesung am 14. Dezember 2016 | angenommen

Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften | [Drs. 16/13702](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 14. Dezember 2016 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13689](#) | SPD, GRÜNE, FDP und PIRATEN | 1. und 2. Lesung am 14. Dezember 2016 | angenommen

Gesetz zur Ratifizierung des Staatsvertrags über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung vom 21. März 2016, zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in NRW | [Drs. 16/13377](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 30. November 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges und zur Änderung des Vollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13470](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 30. November 2016 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13532](#) | CDU | 1. Lesung am 1. Dezember 2016 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13531](#) | CDU | 1. Lesung am 1. Dezember 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Neuntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales | [Drs. 16/13260](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 30. November 2016 | angenommen

Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13113](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters) | [Drs. 16/13313](#) | SPD, GRÜNE und PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze | [Drs. 16/13312](#) | SPD und GRÜNE | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU AusländerInnen) | [Drs. 16/13314](#) | SPD, GRÜNE und PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenregel in das nordrhein-westfälische Landesrecht | [Drs. 16/13315](#) | SPD und GRÜNE | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12944](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 30. November 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12986](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | 2. Lesung am 30. November 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht | [Drs. 16/12987](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 30. November 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern im Land NRW | [Drs. 16/13035](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 30. November 2016 | angenommen

Gesetz zur Bewertung, Darstellung und Schaffung von Transparenz von Ergebnissen amtlicher Kontrollen in der Lebensmittelüberwachung | [Drs. 16/12857](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes | [Drs. 16/12781](#) und [16/13547](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 30. November 2016 | angenommen

Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz NRW) | [Drs. 16/12265](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts | [Drs. 16/12366](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 30. November 2016 | angenommen

Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12361](#) und [16/13556](#) | SPD und GRÜNE | 2. Lesung am 1. Dezember 2016 | angenommen

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten | [Drs. 16/12068](#) und [16/13551](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 30. November 2016 | angenommen

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung



Aus NRW zur Wahl des Bundespräsidenten

Landtag wählt Delegierte für Bundesversammlung

14. Dezember 2016 – Am 12. Februar 2017 wählt die Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. 1.260 Mitglieder der Versammlung treffen sich im Reichstag in Berlin. 135 davon hat jetzt der Landtag Nordrhein-Westfalen benannt. Darunter sind viele Abgeordnete des Landtags, aber auch weitere bekannte Gesichter aus NRW.

Was haben Mariele Millowitsch, Hape Kerke-ling, Carolin Kebekus, Britta Heidemann und Volker Pispers gemeinsam? Sie sind nicht nur durch Fernsehen, Theaterbühnen und Sport einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, sondern sie werden auch für einen Tag Delegierte. Ihre Aufgabe: die Wahl des neuen Bundespräsidenten. Der Landtag hat die NRW-Delegierten für die Bundesversammlung ernannt, die am 12. Februar 2017 im Reichstagsgebäude das deutsche Staatsoberhaupt wählt. Die Bundesversammlung tritt in der Regel alle fünf Jahre zusammen – zuletzt am 18. März 2012 bei der Wahl von [Joachim Gauck](#). Sie besteht aus den 630 Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der gleichen An-

zahl von Personen, die die 16 Landesparlamente benennen.

Der Landtag des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen stellt mit 135 Mitgliedern das größte Kontingent, denn die Zahl der von den Ländern zu benennenden Mitglieder hängt von der Bevölkerungsgröße des Bundeslands ab. Die Fraktionen des Landtags konnten entsprechend ihres Sitz-Anteils im Landtag Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen. Die SPD-Fraktion benannte 57 Frauen und Männer, die CDU-Fraktion entsendete 40 Personen, die Liste der GRÜNEN umfasst 17, die der FDP-Fraktion 12 und die PIRATEN schlugen 9 Wahlberechtigte vor.

Am 14. Dezember 2016 hat das Plenum über die NRW-Liste entschieden. Gewählt sind u. a. Landtagspräsidentin [Carina Gödecke](#) und der Erste Vizepräsident [Eckhard Uhlenberg](#) sowie die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen [Norbert Römer](#), [Armin Laschet](#), [Mehrdad Mostofizadeh](#), [Christian Lindner](#) und [Michele Marsching](#). Auch alle Mitglieder der Landesregierung wurden als Wahlleute aufgestellt.

Prominente Delegierte

Es ist inzwischen Tradition, dass die Fraktionen auch Personen aus dem öffentlichen Leben nominieren. Das können Prominente sein oder Personen, die sich um eine bestimmte Sache verdient gemacht haben. Die einzigen Voraussetzungen: Sie müssen volljährig sein und die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Auch zur 16. Bundesversammlung im Februar 2017 haben die Landtagsfraktionen Personen aus NRW ohne Landtagsmandat nominiert: Für die SPD fahren u. a. die Schauspielerin Mariele Millowitsch, Reinhard Rauball, Präsident der Deutschen Fußball-Liga, und der Webvideo-Produzent Julien Bam nach Berlin. Die CDU-Fraktion hat u. a. die Schauspielerin Veronica Ferres, den Autor Hape Kerke-ling und den Künstler Günther Uecker auf ihre Liste gesetzt. Die Fraktion der GRÜNEN entsendet die Comedian Carolin Kebekus und Wolfgang Pieper, Bürgermeister von Telgte, in die Bundesversammlung. Zu den Delegierten der FDP-Fraktion gehören u. a. Fecht-Olympiasiegerin Britta Heidemann sowie Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Und die PIRATEN-Fraktion hat den Kabarettisten Volker Pispers aufgestellt.

Die Wahl von prominenten Vertreterinnen und Vertretern, die kein politisches Mandat ausüben, zeigt die Besonderheit der Bundesversammlung. Es ist das einzige politische Gremium in Deutschland, das nur für jeweils einen Tag zusammentritt und sich nach der Wahl direkt wieder auflöst. Die Mitglieder der Bundesversammlung haben während ihrer kurzen Mitgliedschaft die gleichen Rechte wie Abgeordnete des Bundestags: Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und genießen Immunität – das bedeutet, dass eine Strafverfolgung nur nach Unterrichtung oder Genehmigung des Bundestags erlaubt ist. Die Bundesversammlung kommt zum 16. Mal zusammen und hat bislang 11 Bundespräsidenten gewählt. *sam*

Eine Liste mit allen Mitgliedern der Bundesversammlung, die der Landtag NRW nominiert hat, finden Sie unter www.landtag.nrw.de

Erinnerungen ans



2016 – das Jahr

Und wieder geht ein Jahr zu Ende. Für Land und Landtag NRW war es ein besonderes – beide haben ihren 70. Geburtstag gefeiert. Zu den Höhepunkten gehörten die Festakte in der Düsseldorfer Tonhalle und im Plenarsaal sowie die Tage der offenen Tür, die rund 30.000 Interessierte ins Landesparlament lockten.

„Operation Marriage“ (Operation Hochzeit) – so lautete 1946 der Codename der britischen Militärregierung für ihren Plan, die früheren preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen zu einem neuen Bundesland zu „verheiraten“. Am 23. August 1946 wurde er umgesetzt. Wenig später, am 21. Januar 1947, kam das Land Lippe dazu.

23. August 2016, Tonhalle. Land und Landtag haben zum Festakt geladen und viele Gäste gratulieren – unter ihnen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Prinz William als Vertreter des britischen Königshauses und Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. Demokratie sei keine Selbstverständlichkeit, sagt Landtagspräsidentin Carina Gödecke in ihrer Ansprache und ruft die Menschen in NRW zur Toleranz auf: „Bleiben wir warmherzig und weltoffen. Bleiben wir bunt. Bleiben wir Nordrhein-Westfalen.“

27. und 28. August 2016. Der Landtag beteiligt sich am großen NRW-Tag und öffnet

seine Türen. Trotz tropischer Temperaturen schauen sich rund 30.000 Menschen am wohl heißesten Wochenende des Jahres im Parlament um, diskutieren mit Abgeordneten, informieren sich über deren Arbeit und die Aufgaben der Landtagsverwaltung oder genießen das Kultur- und Mitmach-Programm.

Festakt im Plenarsaal

5. Oktober 2016. Der Landtag feiert sein 70-jähriges Bestehen mit einem Festakt im Plenarsaal. Das Jubiläum sei Verpflichtung, „uns weiterhin stark zu machen für die Vielfalt der Meinungen, die Freiheit von Rede und Gegenrede und das so wichtige Zusammenspiel von Vertrauen und Verantwortung“, sagt Landtagspräsidentin Gödecke. Die Festrede hält Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft überbringt die Glückwünsche der Landesregierung. zab

Januar In der Silvesternacht 2015 werden am und im Kölner Hauptbahnhof zahlreiche Frauen sexuell bedrängt, beraubt und bestohlen. Tatverdächtig sind mehrheitlich junge Männer mutmaßlich aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. Der Landtag kommt wegen der Übergriffe zu einer Sondersitzung zusammen. Ein Untersuchungsausschuss wird eingesetzt.

Februar Das neue Besucherzentrum im Landtag mit seiner 240-Grad-Panoramaleinwand wird eröffnet und lockt bereits am ersten Wochenende rund 1.000 Interessierte an. Der Untersuchungsausschuss zur Silvesternacht nimmt seine Arbeit auf.

März Der Landtag berät in erster Lesung über den Nachtragshaushalt. Die Mehrausgaben in Höhe von 46,9 Millionen Euro sind für die Stärkung der Inneren Sicherheit und die Integration von Flüchtlingen bestimmt. In Aktuellen Stunden debattieren die Abgeordneten über den Einsatz von „Body-Cams“ (Körperkameras) bei der Polizei und Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen. Eine junge Waldohreule hat sich in einem Baum

Der Landtag würdigt mit einem Parlamentarischen Abend das Engagement der **Freiwilligen Feuerwehren in NRW**.

Januar	März	April
Prinzenpaare, Dreigestirne, Prinzessinnen und Prinzen aus allen Landesteilen Nordrhein-Westfalens machen den Landtag zum närrischen Parlament .		„ Im Feind vereint “ – Schülerinnen und Schüler befassen sich im Landtag mit dem Thema Rechtsextremismus. Eingeladen haben der Landtag und die Landeszentrale für politische Bildung.

Jubiläumsjahr



im Rückblick

am Landtagsgebäude niedergelassen, sorgt für viel Gesprächsstoff und schließlich sogar für ein Leser-Gedicht in Landtag Intern.

April Der Kampf gegen Steuerhinterziehung steht im Mittelpunkt einer Plenardebatte. Hintergrund sind Veröffentlichungen über die sogenannten Panama Papers – vertrauliche Unterlagen einer panamaischen Kanzlei zu umstrittenen Briefkastenfirmen. Der erste Nachtragshaushalt wird mit den Stimmen der Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN beschlossen. Die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN stimmen gegen den Entwurf.

Mai Nach dem „Brexit“ sprechen sich die Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP in einem gemeinsamen Plenarantrag für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union aus. In einer Aktuellen Stunde debattiert der Landtag über Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Mehr als 30 Sachverständige stellen in einer Anhörung ihre Positionen zur Flüchtlingsintegration vor. Die Verfassungskommission schlägt nach intensiven Beratungen in 16 Punkten Änderungen bzw. Ergänzungen der NRW-Verfassung vor. Der Innenausschuss

befasst sich mit dem Bombenanschlag auf ein Sikh-Gemeindezentrum in Essen. Königin Silvia von Schweden ist zu Gast im Landtag.

Juni 237 junge Leute zwischen 16 und 20 Jahren nehmen beim Jugend-Landtag die Plätze der Abgeordneten ein und widmen sich drei Tage lang der parlamentarischen Arbeit. Das Plenum berät in erster Lesung den zweiten Nachtragshaushalt.

Juli Das Plenum diskutiert kontrovers über das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept der Landesregierung und die Ergebnisse des Verfassungsschutzberichts.

August Der Landtag trauert um seinen früheren Abgeordneten, Bundespräsident a. D. Walter Scheel. Der FDP-Politiker, der am 24. August 2016 im Alter von 97 Jahren gestorben ist, gehörte dem NRW-Landtag von 1950 bis 1954 an.

September Die Landesregierung bringt den Haushaltsentwurf 2017 ein – die Opposition nutzt die Debatte zu einer Generalabrechnung. Der Landtag beschließt mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen den „Integrationsplan für NRW“ und den zweiten Nachtragsetat.

Oktober Existieren in NRW „No-Go-Areas“, in denen Gruppen Anwohnerinnen und Anwohner massiv einschüchtern? Um diese Frage geht es im Plenum. Der Landtag beschließt zudem mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP die umfassendste Reform der Landesverfassung seit deren Inkrafttreten am 10. Juli 1950. Die PIRATEN stimmen dagegen.

November Die marode Leverkusener A1-Brücke ist Thema einer Aktuellen Stunde. Der Landtag verabschiedet das Landesnaturschutzgesetz mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN. CDU und FDP sind dagegen, die PIRATEN enthalten sich. Im Ausschuss für Verbraucherschutz äußern sich Sachverständige zur „Hygiene-Ampel“ für Lebensmittelbetriebe.

Dezember Der Haushalt 2017 wird nach kontroverser Debatte beschlossen. In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag zudem über das Thema Integration diskutiert. Hintergrund war der Beschluss des CDU-Bundesparteitages Anfang Dezember zur doppelten Staatsbürgerschaft.

Das Landesfinale von „Jugend debattiert“ findet im Plenarsaal statt.

Die Deutsche Kinderhospiz-Stiftung feiert im Landtag ihr zehnjähriges Bestehen und vergibt den Medienpreis „TOM“.

Mai

September

Dezember

Landtagspräsidentin Carina Gödecke empfängt 13 Zeitzeugen des Holocaust im Düsseldorfer Parlamentsgebäude. Die Gäste aus Israel besuchen u. a. Schulen, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

AUS DEN FRAKTIONEN

Der Haushalt 2017 setzt starke Impulse zur Weiterentwicklung des Kulturstandorts NRW

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine in ihrer Vielfalt auch im internationalen Maßstab einzigartige Kulturlandschaft im Herzen Europas. Diese Stärke unseres Landes gilt es zu bewahren und zukunftsfest zu machen. Der Kulturhaushalt 2017 schafft hierzu wichtige Voraussetzungen. Er wächst im Jahr 2017 erstmalig über 200 Millionen Euro an. Aufgrund von im November in den Ausschuss für Kultur und Medien eingebrachten ergänzenden Anträgen aus den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN erhöht sich die zur Verfügung stehende Summe gegenüber den ursprünglich vorgesehenen Haushaltsplanungen noch einmal um 7 Millionen Euro. Davon profitieren so



Andreas Bialas, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

unterschiedliche Bereiche wie die Landesmusikakademie Heek, die Literaturbüros, die Bibliotheken, die kulturelle Bildung, die Musikerziehung, die Theater oder aber die freie Szene. Auch der Ausbau und Umbau der Museen in Bottrop, Hombroich und Hünxe werden ermöglicht.

„Mehr Geld für den Beitrag der Künstler und Kultureinrichtungen zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, mehr Geld für gute und faire Arbeitsbedingungen in den Landeskultureinrichtungen, eine konsequente Ergänzung des Kulturgesetzes um den Bereich der Kulturforschung, die Übernahme von Verantwortung für die Vergangenheit durch den Ausbau der Provenienzforschung, die Bewältigung des Struk-

turwandels durch Kultur – den Kulturhaushalt 2017 zeichnet eine klare Handschrift aus“, erklärt Andreas Bialas, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Er zeige, dass Kulturpolitik und Kulturförderung in NRW keine Randthemen seien, sondern ein zentraler Bestandteil der landespolitischen Aufgaben. „Gerade in herausfordernden Zeiten sind Kunst und Kultur unverzichtbare Brückenbauer zu anderen Menschen auf dem Weg in die gemeinsame Zukunft in unserem Land“, so Andreas Bialas. ■



Kinder bringen Adventsstimmung in die CDU-Fraktion

„Wenn die erste Kerze brennt, ja, dann ist Advent.“ Mit diesem Adventslied haben 51 Schülerinnen und Schüler der katholischen

Grundschule Birkstraße aus Aachen-Eilendorf die Adventszeit in der CDU-Landtagsfraktion eingeläutet. Der riesige Weihnachts-

baum im Foyer der Fraktion, der bis dahin noch sein einfaches grünes Kleid getragen hat, begrüßt nun festlich geschmückt alle Besucherinnen und Besucher der Fraktion. „Vielen Dank, dass ihr mit eurem liebevoll gebasteltem Baumschmuck die Vorboten der Adventszeit in unsere Fraktion gebracht habt“, sagte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Armin Laschet. In diesem Sinne wünschen wir allen Leserinnen und Lesern von Landtag Intern eine frohe und besinnliche Advents- und Weihnachtszeit. ■



Rot-Grün investiert in Bildung, Soziales und Integration

Fast 80 Millionen Euro zusätzlich investieren die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD im kommenden Jahr für Bildung, Soziales und Integration. Die Schwerpunkte für den Landeshaushalt 2017 umfassen sechs große Bereiche. Zentraler Schwerpunkt grüner Politik für NRW bleibt die Schulpolitik. Im kommenden Jahr wollen wir den offenen Ganztags



Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

mit 6,22 Millionen Euro sowie die Inklusion zusätzlich weiter stärken. Besonders wichtig ist für uns die Schulsozialarbeit, deswegen stellen wir 47,7 Millionen Euro sowohl für 2017 als auch für 2018 zur Verfügung und sorgen da-

mit für Planungssicherheit. Wir wollen den Streit, ob der Bund oder das Land für diese Kosten aufkommt, nicht auf dem Rücken der Kinder austragen, sondern übernehmen Verantwortung für die Schulen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verkehrspolitik. Nach unserem Grundsatz

„Erhalt vor Ausbau“ wollen wir 2017 weitere 10 Millionen Euro für die Sanierung von Landesstraßen investieren. Für Radschnellwege geben wir weitere 1,5 Millionen Euro aus. Auch beim Klimaschutz werden wir die Kommunen zukünftig noch stärker unterstützen: 2,5 Millio-

nen Euro sollen sie ab 2017 zusätzlich erhalten, um Klimaschutzziele zu erreichen.

NRW ist mit dem Integrationsplan bereits bundesweit Vorreiter. Zusätzlich wollen wir 2,7 Millionen Euro für Migrantenselbstorganisationen bereitstellen. Außerdem sollen fünf Millionen Euro in die soziale und psychologische Beratung in den regionalen Unterbringungs-einrichtungen fließen.

Des Weiteren schaffen wir einen Sozialen Arbeitsmarkt für NRW, der Langzeitarbeitslosen eine Perspektive eröffnen soll. Und wir investieren weiter in die Kinder- und Jugendarbeit und stärken die Forschung in NRW.



NRW stellt Weichen zur leistungslosen Schule

Mit dem Versprechen, für ein gerechteres und leistungsfähigeres Bildungssystem zu sorgen, sind SPD und Grüne in NRW 2010 angetreten. Jetzt zeigt sich, das Gegenteil ist der Fall. Studien offenbaren, wie schlecht es um das Bildungsniveau in NRW bestellt ist. FDP-Fraktionschef Christian Lindner und Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin, haben eine Bilanz der rot-grünen Bildungspolitik gezogen. Das Zeugnis, das sie der grünen Schulministerin Sylvia Löhrmann ausstellen, ist miserabel. Das Schulsystem in NRW ist nicht besser, sondern schlechter geworden.

Die ideologische Politik der grünen Schulministerin zeigt nach sechs Jahren Regierungsverantwortung Wirkung. Nordrhein-Westfalen befindet sich geradewegs auf dem Weg zur leistungslosen Schule. Qualitäts- und Leistungsstan-

dards werden stetig abgesenkt, Schulformen wie das Gymnasium oder die Realschule systematisch benachteiligt, der erhebliche Lehrermangel an Grundschulen, Berufskollegs und Gymnasien wird nicht behoben, sondern verschärft. Die gezielte Förderung von Flüchtlingskindern wird



Yvonne Gebauer (FDP) und Christian Lindner (FDP)

vernachlässigt, die Inklusion wurde völlig überstürzt und digitale Bildung regelrecht verschlafen, beklagt Yvonne Gebauer. „SPD und Grüne hinterlassen ein bildungspolitisches Trümmerfeld“, lautet das Fazit von FDP-Fraktionschef Lindner. Und bereits jetzt plant Rot-Grün für die Zeit nach der Landtagswahl einen massiven Abbau von fast 7.000 Lehrerstellen. „Das ist eine ‚Nach-uns-die-Sintflut-Politik‘“, bemängeln Gebauer und Lindner und fordern umgehend einen Kurswechsel in der Bildungspolitik hin zu mehr Qualität.



Haushalt 2017: Ehrlichkeit statt Fake-Finanzierung

Zum Haushalt 2017 für NRW nicht NEIN zu sagen, wäre unterlassene Hilfeleistung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Unterlassung von Investitionen ist die schlimmste Form von Verschuldung und bedeutet die Vernachlässigung von gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.

Die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalens Kindertageseinrichtungen wird seit Jahren sträflich vernachlässigt. Die prekäre Lage der KiTas fügt sich ins generelle Muster der Kinder- und Jugendpolitik der Landesregierung ein. Die Piraten wollen dem entgegen treten. Wir wollen 2 Milliarden Euro als Sonderprogramm zur auskömmlichen Finanzierung der KiTas direkt und zukunftsgerichtet investieren.



Nico Kern, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Piratenfraktion NRW

Die Entwicklung einer leistungsfähigen und flächendeckenden digitalen Infrastruktur ist für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in NRW von entscheidender Bedeutung im digitalen Zeitalter. 860 Millionen Euro wollen wir in eine Gigabit-Netzinfrastruktur investieren.

Außerdem brauchen wir dringend eine Modernisierung der digitalen Infrastruktur in den Krankenhäusern in NRW. Wir wollen einen Betrag von 600 Millionen Euro als

pauschale Förderung nach dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW investieren.

Die selbstgewählte fiskalische Fesselung der Haushaltspolitik in Form der Schuldenbremse schnürt unserem Land die Luft zum Atmen ab.

Wir wollen daher diese selbst auferlegte Ausgabenbremse abschaffen. NRW soll sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die Abschaffung der Schuldenbremse einsetzen. Die Schuldenbremse ist für das Land weder moralisch, noch ökonomisch, noch politisch verantwortbar.

Die Haushaltspolitik in NRW ist seit Jahren durch eine fehlende Zukunftsorientierung gekennzeichnet. Verwalten statt Gestalten, Stillstand statt Fortschritt, Hinterherhecheln statt Vorsorge. Die Piraten wollen einen ehrlichen Haushalt statt der von der Landesregierung vorgestellten Fake-Finanzierung.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Patientenbericht 2016

23.11.2016 – Der Patientenbeauftragte hat im Gesundheitsausschuss seinen Jahresbericht 2016 vorgelegt (siehe Bild unten). Im Vergleich zum Vorjahr habe es im Jahr 2015 mit 1.345 Fällen 20 Prozent mehr Beschwerden gegeben, überwiegend konkret anlassbezogen und rund zur Hälfte zur ambulanten Versorgung, die zuvor nur ein Drittel der Beschwerden ausgemacht habe. Anfragen und Beschwerden zu psychotherapeutischer Behandlung hätten sich verdoppelt, heißt es im Bericht. Inhaltlich gehe es bei den Patientenbeschwerden vor allem um drei Schwerpunkte: Zugangsprobleme für körperlich oder kognitiv beeinträchtigte Menschen, ein gestörtes Vertrauensverhältnis sowie Kommunikationsabbrüche im Beschwerdefall. Vor allem im Kontakt mit Patientinnen und Patienten aus prekären Lebenssituationen fehle die Begegnung auf Augenhöhe, heißt es im Bericht. Der Beauftragte forderte einen menschlicheren Umgang.

Barrierefreie Notruf-App

23.11.2016 – Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben Sachverständige dis-

kutiert, wie Hörgeschädigte in Zukunft einen Notruf möglichst barrierefrei absetzen können. Aktuell, so Martin Magiera von der LAG Selbsthilfe NRW, funktioniere dies in erster Linie stationär über Faxgeräte. Darüber hinaus gebe es für unterwegs zwar private Notruf-Apps, diese seien jedoch gebührenpflichtig und funktionierten nur bei Netzempfang, vorhandenem Handy-Guthaben und ohne direkten Kontakt zur Leitstelle. Klaus Büdenbender vom Deutschen Schwerhörigenbund betonte, dass eine seit sieben Jahren bestehende Bund-Länder-Gruppe bislang ohne Ergebnisse geblieben sei. Beide Verbände forderten im Ausschuss eine einheitliche kostenlose Notruf-App etwa mit Video- und Gebärdensymbolen sowie Multiple-Choice-Abfrage. Dr. Jörg Schmidt schlug als kommunaler Vertreter vor, ein solches Angebot möglicherweise an die Notfall-Warn-App „Nina“ des Bundes anzudocken. Zudem plädierte er für eine vorübergehende NRW-Lösung, sofern eine bundes- bzw. europaweite App weiter auf sich warten lasse.

Zukunft der JVA Münster

7.12.2016 – Ist die Justizvollzugsanstalt (JVA) Münster einsturzgefährdet oder nicht? Mit dieser

Frage haben sich auf Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 16/12832) Sachverständige im Rechtsausschuss beschäftigt. Das 160 Jahre alte Gebäude wurde im Juli geräumt, nachdem der Besitzer der Immobilie, der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW (BLB), vor akuter Einsturzgefahr gewarnt hatte. Der BLB führt in seiner Stellungnahme aus, dass einem Gutachten zufolge bei einer weiteren Nutzung des Hafthauses „Leib und Leben der Gefangenen, der Justizvollzugsbeschäftigten und der Besucher in Gefahr geraten“ könnten. In der Anhörung sagte Dr. Barbara Seifen, beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe für Denkmalschutz zuständig, dass keine Einsturzgefahr bestanden habe. Dem stimmte Karin Geißler von der Bezirksregierung Münster zu. Sie sagte aber, dass „dringend Instandhaltungs- und Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden“ müssten. Diskutiert wurde auch die Frage eines Neubaus. Dazu kündigt die Stadt Münster in ihrer Stellungnahme an, sich „konstruktiv für die Errichtung einer neuen Justizvollzugsanstalt auf dem Gebiet der Stadt Münster“ einzusetzen. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe bevorzugt eine weitere Nutzung des historischen Gebäudes als JVA. Sollte dies nicht möglich sein, müsse das Denkmal erhalten und anderweitig genutzt werden, so Dr. Barbara Seifen.

Im Dienst der Patientinnen und Patienten



Dirk Meyer, Beauftragter der Landesregierung für Patientinnen und Patienten, hat am 8. November 2016 seinen Jahresbericht 2016 an Landtagspräsidentin Carina Gödecke (Mitte, rechts NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens) übergeben. Darin beschreibt er die Schwerpunkte und Entwicklung seiner Arbeit im Jahr 2015 (siehe Meldung oben). Landtagspräsidentin Gödecke hob bei der Übergabe die Bedeutung der Patientenbeteiligung im Gesundheitssystem hervor. Eine wesentliche Aufgabe des Beauftragten ist es, sich für die Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten einzusetzen. Foto: Schälte

Erinnerungen an Anne Frank



Zwei Ausstellungen in der Bürgerhalle des Landtags erinnern bis zum 23. Dezember 2016 an die Schrecken der Nazizeit. Sie richten sich vor allem an Jugendliche. „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ ist Anne Frank gewidmet, die im Alter von 15 Jahren im Konzentrationslager Bergen-Belsen starb. Parallel dazu wird die Ausstellung „Justiz und Nationalsozialismus“ gezeigt.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke zitierte während der Eröffnung aus dem berühmten Tagebuch Anne Franks: „O ja, ich will nicht umsonst gelebt haben wie die meisten Menschen. Ich will den Menschen, die um mich herum leben und mich doch nicht kennen, Freude und Nutzen bringen. Ich will fortleben, auch nach meinem Tod.“

Anne Frank, geboren am 12. Juni 1929 in Frankfurt am Main, floh 1933/1934 mit ihrer Familie vor den Nazis nach Amsterdam. Nach der deutschen Invasion waren Juden jedoch auch in den Niederlanden nicht mehr sicher. Um einer drohenden Verhaftung oder Deportation zu entgehen, versteckte sich die Familie in einem Hinterhaus an der Prinsengracht 263. Die Ausstellung zeigt diese Räume, ebenso ein Faksimile des Tagebuchs (Foto oben).

Gödecke sprach von „Trauer, Entsetzen, Wut und Scham“ beim Betrachten der Ausstellung – aber auch von der „Hoffnung, dass sich die unvorstellbaren Gräueltaten und Verbrechen der Nazis nie wiederholen werden“. Gerade bei jungen Menschen sei zu spüren, dass sie das Schicksal Anne Franks sehr berühre. Die Ausstellung wolle „Lernorte schaffen, an denen sich Kinder und Jugendliche mit deutscher Geschichte auseinandersetzen und sie mit ihrer heutigen Lebenswelt verbinden“. Die Landeszentrale für politische Bildung habe junge Leute ab 16 Jahren zu „Peer Guides“ ausgebildet, die andere Jugendliche durch die Ausstellung führen.

Man habe „Deine Anne“ ganz bewusst mit der Ausstellung „Justiz und Nationalsozialismus“ der gleichnamigen Dokumentations- und Forschungsstelle der NRW-Justizakademie verbunden, sagte Gödecke. Im Mittelpunkt stünden die Gerichtsbarkeit in Nazi-Deutschland und die „völlig unzureichende Aufarbeitung ihrer Verbrechen in der Nachkriegszeit“.

zab

Porträt: Angela Lück (SPD)

Prominente Politiker nutzen gerne ihre Familiennamen zu Wortspielen, wenn sie zu Treffen einladen. Der frühere Ministerpräsident Rüttgers lud Journalisten regelmäßig zum Plausch in den „Rüttgers-Club“, wenig später legte die jetzige Amtsinhaberin Hannelore Kraft (SPD) mit ihrem turnusmäßigen „Kraft-Raum“ nach und der SPD-Fraktionschef Norbert Römer mit der „Römer-Quelle“.

Auch die SPD-Abgeordnete Angela Lück (57) aus Löhne in Ostwestfalen bedient sich seit geraumer Zeit eines Wortspiels mit ihrem Namen: „Lückenlos aus Düsseldorf“ nennt sie ihren regelmäßigen Informationsbrief, mit dem sie die rund 40.000 Bürgerinnen und Bürger in ihrer Heimatstadt über die Politik im fernen Düsseldorf informieren will.

Angela Lück weiß, was sie ihren Wählern schuldig ist. Sie wurde erstmals nach der Ära Rüttgers im Jahr 2010 mit knapp 47 Prozent direkt gewählt und löste damit den langjährigen CDU-Mandatsträger im Handstreich ab. Bei der vorgezogenen Neuwahl 2012 legte sie sogar auf 49 Prozent zu. „Das verpflichtet. Ich lege größten Wert auf die Arbeit im Wahlkreis“, erklärt Lück. Regelmäßig taucht sie auch für einen Tag in die Berufswelt vor Ort ein, etwa als Schwimmmeisterin im Freibad oder im Verkaufsraum eines ortsansässigen Bäckers. „Die Termine sind wichtig. Dort erfährt man, wo der Schuh wirklich drückt.“

Engagement im Betriebsrat

Die gelernte Krankenschwester, Mutter von zwei Kindern, wurde bereits während ihrer Schulzeit auf der Fachoberschule für politische Themen sensibilisiert. Zunächst engagierte sie sich in Gewerkschaft und Betriebsrat, weil sie bald merkte, dass es an ihrem Krankenhaus einiges zu verbessern gab.

Beim ersten Kind konnten die Eltern noch helfen, Beruf und Erziehung unter einen Hut zu bringen. „Beim zweiten Kind war das schwieriger. Ich legte überwiegend Nachtschichten ein, um tagsüber für die Kinder da zu sein.“ Ein Knochenjob, erinnert sie sich heute. Sie ärgerte sich damals, dass eine Pflichtpause von einer Stunde nachts nicht auf die reguläre Arbeitszeit angerechnet wurde – und sie sorgte dafür, dass Abhilfe geschaffen wurde. Die Kolleginnen und Kollegen merkten bald: Mit der kann man was anfangen. Sie wurde 1990 in den Betriebsrat gewählt und vertrat dort bis zum Jahr 2010 die Interessen der Belegschaft. Zwischen 2001 und 2010 übernahm sie im Herz- und Diabetes-Zentrum NRW eine Führungsposition als stellvertretende Abteilungsleiterin.



Mitglied der SPD wurde sie am 1. Mai 1997 – am Tag der Arbeit erklärte sie dem damaligen stellvertretenden Bürgermeister, jetzt sei es für sie an der Zeit, Gewerkschaft und Sozialdemokraten näher zusammenzubringen. Bereits drei Jahre später war sie Mitglied im Löhner Stadtrat. „Die Kinder waren aus dem Größten raus, ich wollte etwas verändern“, erinnert sich Angela Lück. Der Sozial- und Gesundheitsbereich lag ihr besonders am Herzen. Schon bald agierte sie in der Führungsriege (2006 bis 2010) der Fraktion als stellvertretende Vorsitzende.

Eigentlich sei es damals Rüttgers gewesen, der sie in die Landespolitik getrieben habe. Sie sei „richtig sauer“ auf die CDU-geführte Landesregierung geworden, weil sie auch in Löhne habe erleben müssen, „wie sich das Land auf Kosten der Kommunen finanziell bereicherte“. Auf Anhieb schaffte sie bei der Wahl 2010 den Sprung in den Landtag. Es lag auf der Hand, dass sie sich dort in der Gesundheitspolitik engagieren würde. Bis heute ist sie Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie im Integrationsausschuss. Nicht immer ist es einfach, mit dem Koalitionspartner Kompromisse zu finden, doch darin ist Angela Lück geübt: Sie ist zuversichtlich, mit Gesundheitsministerin Barbara Steffens (GRÜNE) jetzt einen Weg zu finden, die Impfquote auch bei jungen Heranwachsenden in NRW zu steigern.

Privat entspannt sich die Politikerin bei der Gartenarbeit oder bei Radtouren mit ihrem Mann. Das kann in der Hügellandschaft der Ravensburger Mulde gelegentlich anstrengend sein. „Damit wir nicht immer den Berg hoch schieben müssen, sind wir seit einigen Monaten mit dem E-Bike unterwegs.“

Heinz Tutt

Kurz notiert

Besucherzentrum

Das Besucherzentrum des Landtags NRW hat für den Rest des Jahres seine Pforten geschlossen. Interessierten steht es wieder ab dem Wochenende des 7. und 8. Januars 2017 zur Verfügung – wie gewohnt samstags und sonntags jeweils von 11 bis 17 Uhr. Weitere Informationen zu dem Angebot finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

„Frieden mit der Natur“

In der Schriftenreihe des Landtags NRW ist der 20. Band erschienen. „Frieden mit der Natur. Umweltpolitische Debatten und Entscheidungen im Landtag Nordrhein-Westfalen“ zeichnet fast 70 Jahre Umweltpolitik an Rhein und Ruhr nach. Der Autor, der Journalist Kristian Frigelj, befasst sich mit den zentralen umweltpolitischen Diskussionen und Entscheidungen im Landesparlament von den Anfängen dieses Politikfelds bis in die Gegenwart. Der Band kann gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Pressestelle des Landtags bestellt werden unter Tel.: 0211 884-2851 oder email@landtag.nrw.de.

Gegen das Vergessen

Der Düsseldorfer Verein „Heimatsucher“ ist am 22. November 2016 im Landtag NRW mit dem Zukunftspreis 2016 der Israelstiftung in Deutschland ausgezeichnet worden. Der Verein bringt Schülerinnen und Schüler ab der 4. Klasse mit Überlebenden des Holocaust zusammen, um deren Geschichte vor dem Vergessen zu bewahren. Die Preisverleihung fand auf Einladung von Landtagspräsidentin Carina Gödecke und der Israelstiftung im Plenarsaal des Landesparlamentes statt. Die Präsidentin konnte gemeinsam mit Vizepräsident Eckhard Uhlenberg mehr als 250 Gäste begrüßen. Bilder zu der Veranstaltung und weitere Informationen finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Medienkompetenz

Am 28. November 2016 hat der 6. „Tag der Medienkompetenz“ im Landtag stattgefunden. Der Aktionstag stand diesmal unter dem Motto „Medien extrem“ und richtete sich besonders an Schülerinnen und Schüler. Themen waren u. a. Hass, Hetze und Extremismus in den Neuen Medien. Landtagsvizepräsident Oliver Keymis eröffnete den 6. „Tag der Medienkompetenz“ im gut gefüllten Plenarsaal. „Medienkompetenz bedeutet Demokratiekompetenz. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier im Landtag über Medien diskutieren“, sagte Keymis. Bilder zu der Veranstaltung und weitere Informationen finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Gestorben

19.11. Hermann Josef Schmitz (CDU/80)
MdL 1990-2000



Lichterglanz im Landtag

Die Decke des Plenarsaals spiegelt sich in Christbaumkugeln und es entsteht ein ganz besonderer Glanz – Weihnachten steht vor der Tür. Menschen christlichen Glaubens feiern, dass Christus als Mensch in die Welt gekommen ist, als Zeichen der Liebe und der Hoffnung. Auch viele Anders- oder Nichtgläubige verbinden Weihnachten mit einer Zeit der Besinnlichkeit und des Innehaltens. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und allen, die Ihnen wichtig sind, friedliche, freudige und zukunftsfrohe Weihnachtstage und ein gutes neues Jahr.

Carina Gödecke

Foto: Schälte